

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juni 1957

143/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , Dr. P f e i f e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend Vorlage einer Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung.

-.-.-.-

Bekanntlich waren bei der letzten Nationalratswahl am 13. Mai 1956 zur Erlangung eines Mandates der Österreichischen Volkspartei im Bundesdurchschnitt 24.391 Stimmen erforderlich, während ein Mandat der Sozialistischen Partei Österreichs 25.314 Stimmen erforderte. Hingegen mussten für ein Nationalratsmandat der Freiheitlichen Partei Österreichs 47.225 Stimmen aufgewendet werden. Der Vergleich dieser Ziffern beweist, dass Österreich noch weit entfernt ist von einem wahrhaft demokratischen Wahlrecht, in dem jede abgegebene Stimme gleich wiegt. Es erscheint daher zur Herstellung einer echten Demokratie unerlässlich, durch eine Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung das Stimmengleichgewicht aller abgegebenen Wählerstimmen sicherzustellen.

Am Tage, da vor 50 Jahren das erste auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählte österreichische Abgeordnetenhaus zum erstenmal zusammengetreten ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dem Nationalrat ehebaldigst eine Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung vorzulegen, welche die völlige Gleichheit aller von den österreichischen Wählern und Wählerinnen abgegebenen Stimmen bei den Wahlen zum Nationalrat sicherstellt?

-.-.-.-